

März 2008

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Hanns Bühler

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 31.03. bis zum 04.04.2008

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Kommission will Debatte über Zukunft Europas beleben

In einer Mitteilung mit dem Titel „Debate Europe – Auf den Erfahrungen mit Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion aufbauen“ schlägt sie eine Kofinanzierung der von Organisationen der Zivilgesellschaft verwalteten europaweiten Projekte für öffentliche Konsultationen vor. Die Bürgernähe soll noch stärker gefördert werden, indem EU-Beamte in Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene einbezogen werden. Schließlich sollen Online-Netze eingerichtet werden, in denen Parlamentsmitglieder auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, Journalisten und andere meinungsbildende europäische Persönlichkeiten Informationen, Wissen und Konzepte bezüglich EU-Themen austauschen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/487&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/debateeurope/>

http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/communicating/conference/dialogue/index_de.htm

2. Mehr Transparenz für Lobbyistentätigkeit in EU-Institutionen

Dies bezweckt der am 01.04. im Verfassungsausschuss des EP mit breiter Mehrheit (18 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen) angenommene Initiativ-Bericht des EVP-Abgeordneten Alexander Stubb (FI). Rat und Kommission werden aufgerufen, zusammen mit dem EP ein gemeinsames Register für Lobbyisten zu erarbeiten in dem diese vollständige Angaben zur Finanzierung durch wichtige Klienten und zu ihrer Kostenstruktur zu machen hätten. Hinzukommen soll ein Verhaltenskodex. Erfasst werden nicht nur professionelle Interessenvertreter, sondern auch Anwälte (von Rechtsvertretung abgesehen), Sozialpartner, Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen. Nicht als Lobbyisten gelten die Vertretungen von Regionen, Kommunen, Parteien und Kirchen. Das Plenum wird im Mai abstimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/005-25340-091-03-14-901-20080331IPR25336-31-03-2008-2008-false/default_de.htm (PM EP)

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/707/707844/707844de.pdf (Bericht)

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. NATO-Gipfel bietet Kroatien und Albanien Beitritt an

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass der gesamte Balkan für eine NATO-Mitgliedschaft in Frage komme. Wegen des Vetos von Griechenland, motiviert durch den Namensstreit, konnte Mazedonien (FYROM) nicht eingeladen werden. Mit Bosnien-Herzegowina und Montenegro sollen die bestehenden individuellen Partnerschaften intensiviert werden. Wegen des Widerstands von Deutschland und 9 weiteren Staaten (Benelux, FR, IT, ES, PT, IT

und Griechenland) erhielten Georgien und die Ukraine noch keine Einladung für einen „Mitgliedschafts-Aktionsplan“, der Vorstufe zur Mitgliedschaft, wohl aber die Zusicherung, dass sie grundsätzlich für eine Mitgliedschaft in Frage kommen. Die NATO wird auch weiterhin die Stabilität im Kosovo und in Afghanistan sicherstellen. Der nächste Gipfel, zur 60-Jahr-Feier, findet 2009 in Straßburg und Kehl statt.

http://www.bundesregierung.de/nr_1264/Content/DE/Artikel/2008/04/2008-04-04-nato-abschluss-pk.html

<http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html> (Summit declaration)

• [Speech by President Barroso 'The EC in Afghanistan: Ongoing Commitment and Future Priorities', Bucharest](#)

2. Beziehungen zu Israel, Moldawien und Marokko werden vertieft

In einer Mitteilung zieht die Europäische Kommission eine Bilanz der konkreten Fortschritte, die die Partnerländer im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) in einer Vielzahl von Bereichen erzielt haben, von der politischen Zusammenarbeit über Handel, Migration und Visaerleichterungen, Energie, Verkehr, Forschung und Innovation bis hin zur Mobilität von Studenten und Jugendlichen. Sie spricht sich für eine gezielte und differenzierte Vertiefung der Beziehungen zu jenen Partnern aus, die besonders ehrgeizige Zielsetzungen verfolgt und besondere Leistungen erbracht haben. Mit der Ukraine wurde dieser Vertiefungsprozess bereits eingeleitet. Die Kommission schlägt nun vor, auch die Zusammenarbeit mit Israel, Moldawien und Marokko weiter auszubauen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/509&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Israel [European Neighbourhood Policy – ISRAEL](#) • [Memo on European Neighbourhood Policy – ISRAEL](#)

Marokko [Politique Européenne de Voisinage – MAROC](#)

Weitere Informationen über die ENP http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm

3. Öffnung des Grenzübergangs Ledra-Straße in Zypern begrüßt

Die Kommission begrüßt, dass der Grenzübergang an der Ledra-Straße in Nikosia 44 Jahre nach seiner Schließung, wieder geöffnet wird. Die Öffnung sei eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, um die griechisch-zyprische und die türkisch-zyprische Gemeinschaft einander näher zu bringen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/510&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Entwicklungspolitik

EU-Kommissar Michel besorgt über Lage in Kenia

Louis Michel hat seine Sorgen über die Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Bildung einer Koalitionsregierung in Kenia zum Ausdruck gebracht. Der für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständige EU-Kommissar bekundete nach einer Stellungnahme Kofi Annans zur Situation in Kenia seine volle Unterstützung für die Position des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/516&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Arbeitslosenquote der Eurozone im Februar stabil bei 7,1%, EU auf 6,7%

In der Eurozone (EZ15) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Februar 2008 bei 7,1%, unverändert gegenüber Januar. Im Februar 2007 betrug sie 7,6%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Februar 2008 bei 6,7%, gegenüber 6,8% im Januar. Im Februar 2007 hatte sie 7,4% betragen. Eurostat schätzt, dass im Februar 2008 in der EU27 insgesamt 15,970 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 10,909 Millionen in der Eurozone. Gegenüber Januar 2008 hat sich die Zahl der arbeitslosen Personen um 130 000 bzw. 59 000

reduziert. Gegenüber Februar 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen um 1,5 Millionen in der EU27 und um 0,7 Millionen in der Eurozone gefallen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/44&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Besserer Schutz für Rechte entsandter Arbeitnehmer

Dies bezweckt eine förmliche Empfehlung der EU-Kommission an die Mitgliedstaaten in der diese aufgefordert werden, ein ähnliches elektronisches Informations-Austauschsystem wie das Binnenmarktinformationssystem („IMI“) in Zusammenarbeit mit der Kommission zu erstellen. Dienstleister und entsandte Arbeitnehmer sollen einen leichteren Zugang zu Informationen erhalten. Dies beinhaltet klare Angaben der Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen welche für die auf ihr Hoheitsgebiet entsandten Arbeitnehmer gelten. Schließlich sollen sich die Mitgliedstaaten an einem Informationsaustausch über bewährte Verfahren in einem „Hochrangigen Ausschuss auf dem Gebiet der Entsendung von Arbeitnehmern“ beteiligen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/514&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2008/apr/postingworkers_de.pdf

3. Flämische Pflegeversicherung missachtet Freizügigkeit

Wie von Generalanwältin Sharpston in ihren [Schlussanträgen](#) vorgetragen entschied der Europäische Gerichtshof, dass berufstätige EU-Ausländer und Belgier, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausgeübt haben, nicht vom Versicherungssystem einer autonomen Gemeinschaft ausgeschlossen werden dürfen, weil sie im Gebiet einer anderen autonomen Gemeinschaft wohnen.

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080018de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-212/06> (Urteil)

b) Gesundheit

1. Neue Gesundheitskommissarin kündigt Vorlage zu Patientenrechten an

Bei ihrer Anhörung im Gesundheitsausschuss des EP am 01.04. kündigte Kommissarin Androulla Vassiliou für Juni einen Richtlinienentwurf zur Patientenfreizügigkeit an. Sie war sich mit dem Abgeordneten John Bowis (EVP-ED/UK) darin einig, dass der Vorschlag notwendig sei, damit nicht von den Juristen und dem Europäischen Gerichtshof anstelle der Politiker Politik gemacht werde. Sie wolle auch die Kritiker überzeugen, dass es nicht um Dienstleistungsfreiheit, sondern um das Recht von Patienten gehe, überall in Europa Gesundheitsfürsorge zu erhalten. Auf einen Einwand der Abgeordneten Linda McAvan (SPE/UK) erwiderte sie, dass sie nicht die bestehenden Gesundheitssysteme schädigen, sondern durch Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch stärken wolle.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-25293-092-04-14-911-20080331IPR25292-01-04-2008-2008-false/default_de.htm

http://ec.europa.eu/commission_barroso/vassiliou/index_en.htm

2. Zunahme älterer Drogenkonsumenten Besorgnis erregend

Hierauf verweist die EU-Drogenbeobachtungsstelle (EBDD) in ihrem Briefing „Substanzkonsum im Alter: Ein vernachlässigtes Problem“. Der Konsum illegaler Drogen komme bei älteren Erwachsenen zwar weniger häufig vor als bei jungen Menschen, doch die Prävalenz nehme zu. In Europa habe sich im Zeitraum zwischen 2002 und 2005 der Anteil der Patienten im Alter ab 40 Jahren, die wegen Opiatproblemen behandelt wurden, mehr als verdoppelt (von 8,6% auf 17,6%). Schätzungen der Vereinigten Staaten zufolge könnte sich die Zahl der über 50-Jährigen, die wegen ihrer Drogenprobleme behandelt werden müssen, im Zeitraum zwischen 2001 und 2020 verdreifachen. <http://www.emcdda.europa.eu/publications/drugs-in-focus>

3. Europäische Arzneimittelagentur überprüft Aids-Medikament Abacavir

Derzeit müssten keine Änderungen bei der Verschreibungspraxis des von Glaxo-Smith-Kline hergestellten Wirkstoffs vorgenommen werden. Es seien aber noch weitere Untersuchungen nötig, um das in einer Studie festgestellte erhöhte Herzinfarktrisiko zu bestimmen.

<http://www.emea.europa.eu/humandocs/PDFs/EPAR/Kivexa/14288808en.pdf>

4. Jahresbericht 2007 des Schnellwarnsystems für gefährliche Produkte

Dieser wird am 17.04. in Brüssel vorgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der entdeckten gefährlichen Produkte in 2007 drastisch gestiegen. Das RAPEX (das Schnellwarnsystem der EU für gefährliche Konsumgüter) stellt ein wichtiges Mittel der EU im Kampf gegen gefährliche Konsumgüter dar. Weitere Informationen finden Sie auf den [Kommissionsseiten](#).

c) Soziales und Chancengleichheit

Rechte gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften gestärkt

Wie von Generalanwalt Ruiz-Jarabo Colomer in seinen [Schlussanträgen](#) vorgeschlagen entschied der Europäische Gerichtshof, dass ein Ausschluss gleichgeschlechtlicher Lebenspartner von der Hinterbliebenenversorgung mangels Eheschließung eine mittelbare Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung darstellt, wenn die Rechtsstellung von Ehegatten derjenigen von Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft gleichartig ist. Anlass war ein Antrag des Verwaltungsgerichts München auf Auslegung der Antidiskriminierungsrichtlinie (2000/78/EG) im Falle eines Hinterbliebenen dessen eingetragener Lebenspartner Mitglied eines berufsständischen deutschen Pflichtversorgungssystems war.

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080017de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-267/06> (Urteil)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung und Landwirtschaft

1. Gute Aussichten für Agrarmärkte und –einkommen 2007-2014

Für die gesamte EU wird für den Zeitraum 2006 bis 2014 ein realer Einkommenszuwachs pro Arbeitseinheit um 18% (7 % in der EU-15, 21 % in der EU-10 [neue Mitgliedstaaten von 2004] und 88 % in der EU-2 [Rumänien und Bulgarien]) erwartet. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse des am 04.04. vorgelegten Berichts der Kommission zu den Aussichten für Agrarmärkte und –einkommen 2007-2014. Erfasst werden die folgenden Erzeugnisse: Getreide, Ölsaaten, Fleisch, Eier, Milch und die wichtigsten Molkereiprodukte. Die Erhöhung der Milchquoten um 2% seit April und mögliche Ergebnisse der WTO-Verhandlungen sind noch nicht berücksichtigt. Unklar sind auch die Wirtschaftsentwicklung, die Politik für erneuerbare Energien, der Klimawandel und der weitere Agrarreformen.

http://ec.europa.eu/agriculture/publi/caprep/prospects2007b/index_en.htm

2. Österreich missachtet Urteil zu Kontrollstellen für Ökolandbau

Die Kommission hat beschlossen, Österreich gemäß Artikel 228 EG-Vertrag ein Aufforderungsschreiben zuzustellen, in dem sie um umfassende Angaben zur Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Erbringung von Dienstleistungen durch private Kontrollstellen für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus ersucht. Hintergrund ist die Nichtzulassung ausländischer Kontrollstellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/508&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

3. Vorschlag der Kommission zur schnelleren Erholung der Kabeljau-Bestände

Zu den wichtigsten vorgeschlagenen Änderungen zählen neue Ziele zur Begrenzung der Fischmengen, die dem Meer entnommen werden dürfen, statt der Festsetzung bestimmter zu erreichender Mengen Kabeljau in dem betreffenden Bestand, die Vereinfachung der Regelung zur Steuerung des Fischereiaufwands und ein flexiblerer Ansatz zur Anpassung des fischereilichen Drucks an die verschiedenen Stufen der Bestandserholung. Ferner sind spezielle Mechanismen zur Verringerung der Rückwürfe und zur Anwendung von Programmen zur Vermeidung von Kabeljaufängen vorgesehen. Außerdem soll der Plan auf die Kabeljaubestände in der Irischen See ausgeweitet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/493&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Joe Borg besucht Mauretanien

Der für Fischerei und maritime Angelegenheiten zuständige EU-Kommissar Joe Borg ist am 05.04. zu einem eintägigen Besuch in Mauretanien eingetroffen, wo er mit führenden Politikern und mit Stakeholdern aus dem Fischereibereich zusammentraf.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Kein klares Bild nach Anhörung zu Kleinanlegerprodukten

Die Kommission hat ein Feedback-Statement veröffentlicht, in dem sie 80 Reaktionen auf ihre Sondierung zum Thema substitutive Produkte für Kleinanleger zusammenfasst. Die Sondierung sollte Aufschluss darüber geben, ob unterschiedliche Vorschriften über die Transparenz und den Vertrieb von Kleinanlegerprodukten – wie z.B. Investmentfonds, fondsgebundene Lebensversicherungen und strukturierte Schuldtitel – in der EU zu erheblichen Unterschieden beim Kleinanlegerschutz führen. Gefragt wurde außerdem, ob auf EU-Ebene Handlungsbedarf besteht, um etwaige Schwachstellen zu beseitigen. Als nächster großer Schritt soll am 15.07. eine öffentliche Anhörung stattfinden. Im Herbst 2008 will die Kommission eine Mitteilung veröffentlichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/500&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/cross-sector/index_en.htm#product

2. Slowakei hat Privatisierungsvereinbarungen nicht offen gelegt

Die Kommission hat beschlossen, eine letzte Aufforderung vor Klageerhebung an die Slowakei zur Offenlegung von Privatisierungsvereinbarungen zu senden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/501&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

3. Verfahren gegen Frankreich wegen Girokontozins-Gesetz eingestellt

Die Kommission hat beschlossen, ein Vertragsverletzungsverfahren einzustellen, weil Frankreich seine Rechtsvorschriften („Code Monétaire“), die den Banken die Verzinsung von Girokontoguthaben untersagten, inzwischen aufgehoben hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/506&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

4. Vertragsverletzungsverfahren gegen Malta wegen Kfz-Besteuerung:

Die Kommission hat beschlossen, Malta förmlich aufzufordern, seine Vorschriften zur Kfz-Zulassungssteuer, die eine Diskriminierung gegenüber aus anderen Mitgliedstaaten nach Malta verbrachten Gebrauchtwagen bedeuten, zu ändern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/511&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/passenger_car/index_en.htm

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

5. Ungarn muss diskriminierende FuE-Steueranreize aufheben

Die Kommission hat Ungarn förmlich aufgefordert, seine Steuergesetze zu ändern, nach denen die Steueranreize Steuerpflichtigen vorbehalten sind, die in Einrichtungen auf ungarischem Boden im FuE-Bereich tätig sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/512&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

http://ec.europa.eu/community_law/eulaw/index_en.htm

6. Zweites Brüsseler Steuer-Forum am 07./08. April in Brüssel

Hauptthema des von Kommissar László Kovács organisierten Forums ist der Beitrag der Steuerpolitik zur Wettbewerbsfähigkeit. Weitere Teilnehmer sind Kommissionsvizepräsident Verheugen, der slowenische Finanzminister Bajuk und die französische Finanzministerin Lagarde.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/tax_conferences/tax_forum/index_en.htm,

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/conferences/taxforum2008/programme_en.pdf,

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/conferences/taxforum2008/pract_info_en.pdf

b) Wettbewerbsrecht

1. Leichter Zugang zu Schadenersatz bei Kartellvergehen

Um auf die bereits 2005 in einem Grünbuch festgestellten Mängel einzugehen (siehe [IP/05/1634](#) und [MEMO/05/489](#)) bittet die Kommission nunmehr mit einem Weißbuch bis 15.07. um Stellungnahmen zu Vorschlägen insbesondere zur Einführung von repräsentativen Klagen anerkannter Verbraucherschutzverbände und von Gruppen-Klagen, denen sich die Geschädigten ausdrücklich anschließen müssen. Diese sind, anders als die in den USA existierenden Sammelklagen von Rechtsanwälten für eine nicht bekannte Zahl von Klägern (class actions) nur auf die Kompensation des realen Schadens (einschließlich Zinsen) gerichtet. Richter sollen Einblick in Beweismaterial erhalten und bestandskräftige Entscheidungen von Wettbewerbsbehörden sollen bei Folgeklagen zum Nachweis des Verstoßes ausreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/515&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/comm/competition/antitrust/actionsdamages/index.html>

Stellungnahmen zum Weißbuch können bis zum 15. Juli 2008 an folgende E-Mail-Anschrift übermittelt werden: comp-damages-actions@ec.europa.eu

2. Heineken kann große Teile von Scottish & Newcastle übernehmen

Die Europäische Kommission hat die von dem niederländischen Bierbrauer Heineken geplante Übernahme der Aktivitäten der britischen Gesellschaft Scottish & Newcastle (S&N) in Belgien, Finnland, Portugal und im Vereinigten Königreich nach der EG-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Gleichzeitig hat die Kommission die geplante Übernahme des Irlandgeschäfts von S&N nach einem entsprechenden Antrag der irischen Wettbewerbsbehörde gemäß der EG-Fusionskontrollverordnung an diese Behörde verwiesen. Nach einer ersten Untersuchung stellte die Kommission fest, dass die geplante Transaktion eine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs auf den irischen Biermärkten nach sich ziehen könnte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/528&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/index/m99.html#m_4999

3. Beihilfepaket für Umstrukturierung der Northern Rock Bank überprüft

Die Europäische Kommission hat nach den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags eine eingehende Prüfung des Maßnahmenpakets eingeleitet, mit dem das Vereinigte Königreich die Umstrukturierung der britischen Hypothekenbank Northern Rock unterstützt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/489&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Eingehende Untersuchung der Übernahme von Navteq durch Nokia

Die Europäische Kommission hat nach der EG-Fusionskontrollverordnung eine eingehende Untersuchung der geplanten Übernahme des amerikanischen Unternehmens Navteq durch das finnische Unternehmen Nokia eingeleitet. Nokia stellt Mobiltelefone her, Navteq ist einer der beiden Hersteller digitaler Landkarten, die eine entscheidende Vorleistung für über Mobiltelefone vertriebene Navigationsdienste sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/478&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/index/m98.html#m_4942.

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Jährliche Inflationsrate der Eurozone im März auf 3,5% geschätzt

Dies geht aus einer Vorausschätzung von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, hervor. Im Februar lag die Rate bei 3,3%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/43&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Leichte Zunahme des Geschäftsklimaindiktors für die Eurozone im März

Nach drei Monaten Rückgang in Folge legte der „Business Climate Indicator (BCI) dank einer optimistischeren Einschätzung der Manager hinsichtlich der Produktionstrends der letzten Monate und hinsichtlich der Auftragslage leicht zu. Die Produktionserwartungen gingen dagegen zurück, während die Einschätzung der Exportaufträge und der Lagerhaltung unverändert blieb.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/483&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/db_indicators8650_en.htm

3. Leichte Verbesserung bei Wirtschaftsklima in EU, Rückgang in Eurozone

Im März stieg der „Economic Sentiment Indicator (ESI) in der EU um 1.7 Punkte während er in der Eurozone um 0.6 Punkte auf 102.0 bzw. 99.6 Punkte zurückging. Nach einem ständigen Rückgang seit Mitte 2007 nahm der Indikator dank einem starken Anstieg des Vertrauens im Bereich der Dienstleistungen in UK zu. In der Eurozone steht der Indikator nunmehr knapp unter seinem langjährigen Durchschnitt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/484&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/db_indicators8650_en.htm

4. Rückgang im Einzelhandel in Eurozone im Februar, Anstieg in EU

Im Februar 2008 ist das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber Januar 2008 in der Eurozone (EZ15) um 0,5% gefallen, während es in der EU27 um 0,3% gestiegen ist. Im Januar hat der Einzelhandelsindex um 0,5% bzw. 0,6% zugenommen. Gegenüber demselben Monat des Vorjahres fiel der Einzelhandelsindex im Februar 2008 in der Eurozone um 0,2%, während er in der EU27 um 2,0% anstieg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/46&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Finanzen

1. EU-Finanzminister und Notenbanken intensivieren Krisenprävention

Bei ihrem informellen Treffen am 04.04. in Brdo konnten sie sich zwar noch nicht auf eine EU-Finanzaufsicht, wohl aber auf ein „Memorandum of Understanding“ für einen stärkeren Informationsaustausch bereits in normalen Zeiten einigen, um auf etwaige Krisenfälle besser vorbereitet zu sein. Zu diesem Zweck sollen grenzüberschreitende Stabilitätsgruppen für alle Finanzinstitute mit bedeutender grenzüberschreitender Aktivität wie etwa die Deutsche Bank oder die Münchner Rück gebildet werden, in denen die zuständigen Aufsichtsbehörden, Notenbanken und Ministerien, eventuell auch Drittstaaten, kooperieren. Im Krisenfall sollten aber privatwirtschaftliche Lösungen Vorrang haben. Nur in Notfällen sollten öffentliche Gelder eingesetzt werden, die dann zwischen den betroffenen Staaten aufzuteilen wären.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0404ECOFIN_SZJpredsedstva.html
http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0404ECOFIN_Memorandum.html

2. Arbeitsprogramm zur Stärkung des Finanzsystems wird zügig umgesetzt

Die EU-Finanzminister und Notenbankpräsidenten waren sich bei ihrem informellen Treffen auch darüber einig, dass an dem im Oktober 2007 vom Ecofin-Rat beschlossenen Arbeitsprogramm bis Ende 2008 entschieden festgehalten werden soll. Hauptanliegen ist mehr Transparenz bei den Risiken und Verlusten der Finanzinstitute; diese müssten umgehend offen gelegt werden. Wenn bis Mai die Kredit-Ratingagenturen zu keiner befriedigenden Selbstregulierung bei komplexen Finanzprodukten finden werden gesetzliche Lösungen ins Auge gefasst. Die Kommission wird im September eine Revision der Eigenkapitalsrichtlinie (Basel II) vorschlagen, die dem im Juli erwarteten Bericht des Baseler Banküberwachungsausschusses zu verbrieften Forderungen Rechnung tragen soll.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0404ECOFIN_statement.html

• [Speech by Commissioner Charlie McCreevy 'Latest developments on policy response to financial turmoil', Brussels](#)

• [Memo on Preparation of Eurogroup and Informal Economic and Finance Ministers Council, Brdo \(Slovenia\) 4 and 5 April 2008](#)

3. Kredite der Europäischen Zentralbank bis zu dreifach überzeichnet

Für den erstmals angebotenen Bankenkredit von 6 Monaten über 25 Mrd. EUR haben sich am 03.04. 177 Geldinstitute mit einem Bedarf von 103.1 Mrd. EUR beworben. Angebote zwischen 4.55 und 4.88% kamen zum Zug (Durchschnitt 4.61%). Für einen Standard-Tender für 7 Tage über 150 Mrd. EUR am 02.04. hatten 306 Institute Gebote über 283.7 Mrd. EUR eingereicht. Die Gebote welche zum Zug kamen lagen zwischen 4.21 und 4.4% (Durchschnitt 4.25%). Am 27.03. waren 15 Mrd. US\$ für 28 Tage zu 2.615% bei 34 Interessenten mit einem Bedarf von 48 Mrd. US\$ mehr als doppelt überzeichnet. Für einen Refinanzierungstender über 50 Mrd. EUR für 91 Tage am 27.03. hatten 190 Institute einen Bedarf von 131.3 Mrd. EUR angemeldet. Der Zuschlag erfolgte zwischen 4.44 und 4.72% (Durchschnitt 4.53%).

http://www.ecb.eu/mopo/implement/omo/html/20080027_all.en.html

http://www.ecb.eu/mopo/implement/omo/html/20080026_all.en.html

http://www.ecb.eu/mopo/implement/omo/html/TAF08003_all.en.html

VII. Justiz und Inneres

1. Deutsches Ausländer-Melderecht europarechtswidrig

Dies ist die Auffassung von Generalanwalt Poiares Maduro in Bezug auf die Einwohnermelderegister und das Ausländerzentralregister beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es sei eine Diskriminierung aus Gründen der Staats-Angehörigkeit soweit Daten erfasst würden, die nicht in der Richtlinie 2004/38/EG über die Freizügigkeit der Unionsbürger genannt sind, und soweit darauf auch andere Behörden als die Zuwanderungs-Behörde zugreifen können. Ferner sei die zentralisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, die nur für Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten gilt, unzulässig, wenn nicht nachgewiesen werden könne, dass es keine andere Möglichkeit für die Vollziehung von zuwanderungs- und

aufenthaltsrechtlichen Regelungen gebe, was vom OVG Münster zu beurteilen sei.
[Detailinformationen C-524/06](#)

2. Bessere Rückverfolgbarkeit von Explosivstoffen in der EU

Als Teil eines Bündels von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus hat die Kommission am 04.04. eine neue Maßnahme zur wirksameren Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (z. B. im Bergbau) erlassen. Damit Diebstähle und Verluste verhütet oder zumindest rasch entdeckt werden, wird eine EU-weit einheitliche Kennzeichnung von Explosivstoffen eingeführt. Außerdem müssen Hersteller, Händler und Endnutzer genauer über ihre Bestände Buch führen. So soll die Herkunft gestohlener oder verloren gegangener Sprengstoffe leichter festgestellt werden können und es soll schnell festgestellt werden können, ob jemand Sprengstoff legal besitzt und auf welchem Weg er zu ihm gelangt ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/533&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/chemicals/legislation/explosives/index_en.htm

3. Kurdische Arbeiterpartei (PKK) zu Unrecht in Terroristenliste

Dies entschied das Gericht erster Instanz sowohl in Bezug auf den Beschluss des Rates 2002/460/EG vom 17.06. 2002, die PKK in eine Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen als auch in Bezug auf den Beschluss 2004/306/EG des Rates vom 02.04.2004, soweit darin KONGRA-GEL als Alias der PKK verboten wird. Maßgeblich in beiden Fällen war das Fehlen von rechtlchem Gehör für die Betroffenen.

[Detailinformationen T-229/02](#) [Detailinformationen T-253/04](#)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen im Amtsblatt veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 01.04.2008 ihre überarbeitenden Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht (2008/C 82/01). Die Beihilfenkontrolle im Bereich des Umweltschutzes soll in erster Linie sicherstellen, dass die staatlichen Beihilfemaßnahmen zu einer Umweltentlastung führen, die ohne die Beihilfe nicht eintreten würde, und dass die positiven Auswirkungen der Beihilfe die negativen Folgen — sprich die dadurch erzeugten Wettbewerbsverzerrungen — überwiegen, wobei dem in Artikel 174 EG-Vertrag verankerten Verursacherprinzip Rechnung zu tragen ist.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:082:0001:0033:DE:PDF>

2. Ungarn missachtet Vogelschutz

Die Europäische Kommission übermittelt Ungarn ein letztes Mahnschreiben, weil dort versäumt wurde, innerstaatliche Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Umweltvorschriften zum Schutz von wild lebenden Vögeln zu erlassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/525&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

<http://curia.eu.int/de/content/juris/index.htm>

3. Verfahrens gegen Finnland wegen Wolfsjagd eingestellt

Die Kommission schließt das Verfahren gegen Finnland, das wegen der Erteilung von Genehmigungen zur Wolfsjagd eingeleitet wurde, weil das Land dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2007 nachgekommen ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/525&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

<http://curia.eu.int/de/content/juris/index.htm>

4. Polen hat Ökodesign-Richtlinie nicht umgesetzt

Die Kommission hat Polen eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt, da dieser Mitgliedstaat es versäumt hat, ihr die Umsetzung der so genannten Ökodesign-Richtlinie mitzuteilen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/527&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Finanzierung Bulgariens für Umweltsanierung ehemaliger Bergbaustandorte

Die Kommission hat beschlossen, keine Einwände gegen die Beteiligung Bulgariens an der Umweltsanierung ehemaliger Standorte des Kohlenbergbaus in diesem Land zu erheben. Die staatliche Finanzierung bei dem Programm wird 19 Mio. € betragen und soll sich über einen Zeitraum von vier Jahren erstrecken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/498&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Verkehr

1. Klagen wegen Verstößen gegen EU-Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Die Kommission hat gegen Griechenland, Italien, Luxemburg und Portugal entsprechende Verfahren angestrengt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/520&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Italien missachtet Hafenstaatskontrolle

Die Kommission richtete wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung und Anwendung der EU-Vorschriften für die Hafenstaatskontrolle eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Italien.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/521&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Kommission genehmigt polnische Beihilfe für Flughafen Łódź

Sie erhebt keine Einwände gegen die staatliche Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen auf dem polnischen Regionalflughafen in Łódź .

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/495&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Deutsche Telekom muss Anschlusskostenbeiträge senken

Dies ist die Auffassung von Generalanwalt Dámaso Ruiz-Jarabo Colomer zu den vom Bundesverwaltungsgericht unterbreiteten Klagen von Arcor, TELE2 und 01051 Telekom gegen die von der heutigen Bundesnetzagentur 2003 genehmigte Erhebung eines Anschlusskostenbeitrags. Er schlägt dem Europäischen Gerichtshof vor, zu entscheiden, dass es dem europäischen Telekommunikationsrecht zuwider läuft, dass eine nationale Regulierungsbehörde den Betreiber eines Telekommunikationsnetzes, das mit einem öffentlichen Teilnehmernetz zusammengeschaltet ist, dazu verpflichtet, an das marktbeherrschende Unternehmen einen Beitrag zu zahlen, der das Defizit ausgleichen soll, das diesem bei der Einrichtung des Anschlusses des Teilnehmers entstanden ist.

[Detailinformationen C-152/07](#)

2. Kommission gegen Sendeverpflichtungen beim Mobilfernsehen

Bei einer Anhörung im Kulturausschuss des EP am 01.04. sprach sich der Vertreter der Kommission gegen jegliche „Must-Carry“-Bestimmungen für Mobiles Fernsehen aus. Die Abgeordnete Hieronymi (EVP/DE) forderte dagegen die Anwendung der Richtlinie für Audiovisuelle Mediendienste auch auf das Mobilfernsehen.

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200803/20080327ATT25012/20080327ATT25012EN.pdf>

3. Ausschreibung zum Programm „eContentplus“ für das Jahr 2008

An dem Programm können sich Rechtspersonen beteiligen mit Sitz in den EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. Rechtspersonen mit Sitz in Kroatien, der Türkei und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien können teilnehmen, erhalten allerdings nur dann Mittel, wenn mit dem jeweiligen Land ein entsprechendes bilaterales Abkommen geschlossen wurde. Für die Kofinanzierung indirekter Maßnahmen sind insgesamt 42,5 Mio. Euro vorgesehen. Die Frist zur Einreichung der Vorschläge endet am 12. Juni 2008 um 17.00 Uhr.

<http://ec.europa.eu/econtentplus>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Missachtung rumänischer und bulgarischer Berufsqualifikationen gerügt

Die Kommission hat beschlossen, acht Mitgliedstaaten (**Österreich**, Belgien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Irland, Luxemburg und Spanien) vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen, weil sie es versäumt haben, der Kommission Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2006/100/EG mitzuteilen, in der technische Anpassungen der Richtlinien über berufliche Qualifikationen anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union am 01.01.07 vorgesehen sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/503&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

2. Belgien, Tschechien und Spanien missachteten Berufsqualifikationen

Die Kommission hat beschlossen, an diese drei Mitgliedstaaten eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu richten. Grund ist die Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/504&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_fr.htm

3. Neuer EU-Wegweiser zeigt Quellen zur Forschungsförderung auf

Die Europäische Kommission hat am 28.03.2008 einen Wegweiser vorgelegt, der den Forschern helfen soll, Fördermittel aus verschiedenen Quellen (7. FRP, Programm Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und den Strukturfonds), optimal zu kombinieren. Gleichzeitig hat sie eine öffentliche Konsultation dazu gestartet und bittet insbesondere die Wissenschaftsgemeinde um konstruktive Beiträge bis Ende April 2008.

http://ec.europa.eu/research/consultations/list_en.html

http://cordis.europa.eu/fp7/consultation_en.html

4. Diskussion über Kunst und Kultur im interkulturellen Dialog

Darum ging es in der zweiten „Brüsseler Debatte“, die im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 veranstaltet wird. Der unter dem Motto „Mit Unterschieden umgehen – eine Aufgabe für Künstler und Kultureinrichtungen“ stehende Diskussionsabend wurde von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Forum für Kunst und Kulturerbe (EFAH) und der Europäischen Kulturstiftung (ECF) organisiert. Die Veranstaltung vom 02.04. wurde von EU-Kommissar Ján Figel' eröffnet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/491&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI: Sonstiges

1. Jahr 2009 soll Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation werden

Europa muss seine Kreativität und Innovationsfähigkeit sowohl aus sozialen als auch aus wirtschaftlichen Gründen steigern. Deshalb hat die Kommission am 31.03. diesen Vorschlag angenommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/482&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Über 100 slowenische Bedienstete trafen sich mit Sekundarschülern

Am 31.03. besuchten 112 slowenische Bedienstete und hochrangige Vertreter europäischer und slowenischer Institutionen 79 Sekundarschulen in Slowenien, um dort mit den Schülern über die EU zu diskutieren. Das Projekt „Europa macht Schule“ ist eine Initiative der Kommission. Dabei gehen Bedienstete und hochrangige Vertreter des Mitgliedstaats, der gerade die EU-Ratspräsidentschaft innehat, in Sekundarschulen und berichten aus erster Hand über die EU. In Slowenien hat Kommissar Janez Potocnik, die Schirmherrschaft über dieses Projekt übernommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/485&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>